

«Das war prophetisch!»

Die Zürcher Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr (SP) glaubt mit ihrem Motto «Teilhabe» Voraussicht bewiesen zu haben. Nach einem turbulenten Jahr mit Corona-Krise und Krieg zieht sie nun im Gespräch mit Zeno Geisseler und Daniel Fritzsche Bilanz

Zuerst Corona, dann der Ukraine-Krieg: Frau Fehr, in Ihrem Amtsjahr als Zürcher Regierungspräsidentin ging es drunter und drüber.

Zeit zum Durchatmen blieb tatsächlich kaum. Über den Kriegsausbruch war ich zuerst fassungslos wie wohl alle im Westen. Ich hielt es schlicht nicht für möglich.

Als grösster Kanton hat Zürich besonders viele Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Sehen Sie nun schon erste Rückkehrbewegungen?

Über kantonale Zahlen verfügen wir nicht. Aber internationale Erhebungen sprechen von etwa 700 000 bis 900 000 Personen, die bereits wieder in ihr Land zurückgekehrt sind. Vieles vermischt sich – die Kriegsmigration und das Expat-Dasein zum Beispiel. Es kann sein, dass eine IT-Fachfrau als Flüchtling in der Schweiz Schutz sucht und ein paar Monate später als IT-Unternehmerin nach Spanien zieht.

Die Solidarität mit den ukrainischen Flüchtlingen in der Bevölkerung ist im Moment immer noch sehr gross. Denken Sie, die Stimmung kippt irgendwann?

Die Stimmung wird nicht kippen. Aber das private Engagement bei der Unterbringung von Flüchtlingen wird abnehmen. Darauf müssen wir uns als Kanton einstellen und entsprechende Infrastruktur bereitstellen.

Angeblich sollen sich Gastfamilien vor Ostern mit der Frage bei den Behörden gemeldet haben, wo sie die aufgenommenen Flüchtlinge über die Ferienzeit «abgeben» könnten.

Davon habe ich persönlich nicht gehört. Aber ich kann verstehen, dass einem die Situation als Gastfamilie über den Kopf wachsen kann. Alle, die professionell in diesem Bereich arbeiten, wissen, dass das Risiko von Überforderung gross ist – vor allem, wenn die Krise länger dauert als erhofft. Länger als ein Jahr werden die wenigsten Flüchtlinge privat untergebracht sein.

Die Ukrainer können vom Schutzstatus S profitieren und erhalten deswegen viele Freiheiten. Sie können uneingeschränkt in Westeuropa reisen und sofort eine Stelle antreten. Andere Flüchtlinge dürfen dies nicht. Ein Fehler?

Ich ziehe den Hut vor den Flüchtlingen aus anderen Kriegen wie in Jemen, Syrien, Eritrea oder Afghanistan. Ihre Situation war ungleich schwieriger. Ihnen schlug meist Misstrauen entgegen, und sie mussten ständig erklären, weshalb sie hier sind. Und trotz dieser schwierigen Erfahrung sind auch sie der Meinung, dass es richtig ist, wie wir mit den Ukraine-Flüchtlingen umgehen. Diese Menschen wissen auch: Wir können die Entscheide der Vergangenheit nicht rückgängig machen, aber wir können Lehren daraus ziehen. Für die Fluchtmigration, egal woher, sollten wir einen Status schaffen, der das Beste des Status S und der vorläufigen Aufnahme vereint.

Verstehen Sie es nicht, wenn die Schweizer Gesellschaft einen Unterschied macht zwischen einer gut ausgebildeten ukrainischen Frau, die relativ einfach in unsere Gesellschaft integriert werden kann, und einem muslimischen Afghanen mit einem rudimentären Schulrucksack?

Doch, das verstehe ich, auch wenn die Realität komplexer ist. Eine mittelständische syrische Familie ist zum Beispiel nicht sehr weit entfernt von einer mittelständischen europäischen Familie.

Die ukrainischen Mütter werden nicht als Gefahr wahrgenommen, junge männliche Flüchtlinge aus anderen Ländern zum Teil schon.

Es gab gerade bei syrischen Migrantinnen solche, die mit unredlichen Absichten nach Europa gekommen sind. Deshalb war es richtig, genau hinzuschauen. Es wäre leichtsinnig gewesen, die Gefahren des internationalen Terrorismus einfach auszublenden.



«Wenn Gespenster im Raum sind, muss man das Licht anmachen. Der Impfwang war ein solches Gespenst», sagt Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr nach ihrem Amtsjahr.

Nein, das meine ich nicht. Über 99 Prozent der Nachrichten von Bürgerinnen und Bürgern freue ich mich. Und ich ermuntere alle, sich mit Anliegen an mich zu wenden. Es ist mir wichtig, dass die Menschen so gut wie möglich einen direkten Zugang zur Politik haben und ihn wahrnehmen. Kein Interesse habe ich an Bedrohungen: «Wenn Sie mir nochmals begegnen, dann . . .», in dieser Art. Früher gab es Briefe, dann Mails, jetzt hat sich das auf Online-Plattformen verschoben. Egal über welchen Kanal: Solches leite ich konsequent dem Bedrohungsmanagement weiter. Klar lässt sich eine Gefahr nie restlos ausschliessen. Es ist eine Stärke der Schweiz, dass auch bekannte Personen ein weitgehend normales Leben führen können. Und das muss so bleiben.

Bei Wahlen reihte sich für die Sozialdemokraten in letzter Zeit Niederlage an Niederlage. Das muss Sie als SP-Ausgangspunkt mit Sorge erfüllen.

Die derzeitige Situation ist für die Partei sicher nicht angenehm. Wir haben zwar solide Erfolge bei Exekutivwahlen erzielt – das zeigten die zurückliegenden Gemeindevahlen im Kanton Zürich. Bei den Parlamentswahlen sieht es anders aus. Das liegt einerseits am Erfolg der Grünen. Andererseits aber auch daran, dass man von uns erwartet, mit Verantwortung und lösungsorientiert zu politisieren.

Und das fehlte in den Parlamenten? Sie spielen wohl auf das Zürcher Stadtparlament an, in dem die SP sechs Sitze verlor und im Wahlkampf mit linken Extrempositionen aufgefallen ist.

In der Stadt hat die SP eine derart starke Machtposition, dass sie nicht in erster Linie als Oppositionspartei auftreten kann. Das wird nicht goutiert. Als dominante Macht in der Stadt Zürich muss die Partei klar Verantwortung übernehmen. Es braucht also von der Einstellung her mehr ein «Weiter-so» statt ein «Alles-anders».

In weniger als einem Jahr wird auch auf Kantonsebene gewählt. Ist dieses Wahljahr eine Belastung für die Zusammenarbeit in der Regierung? Die Situation mit dem Sicherheitsdirektor Mario Fehr, der die SP verlassen hat und nun als Parteiloser politisiert, ist aussergewöhnlich. Nein, das ist kein Problem. Persönlichkeiten ändern sich ja nicht, wenn sie eine Partei verlassen. In einer Regierung spielt die Parteifähigkeit ohnehin eine untergeordnete Rolle.

Bedauern Sie es, dass Mario Fehr nächstes Jahr nicht mehr zusammen mit Ihnen für die SP antritt – wenn er überhaupt noch einmal ins Rennen steigt?

Zwischen unseren Direktionen gibt es viele Schnittstellen, und wir arbeiten weiterhin professionell und gut zusammen. Daran hat sich durch Mario Fehrs Parteiaustritt nichts geändert. Wir werden im Wahlkampf sehen, dass wir viele Gemeinsamkeiten und vielleicht ein paar Differenzen haben.

Letzten Montag marschierten Sie als Ehrengast am Sechseläuten mit. Am Sonntag ist 1. Mai. Welcher Feiertag ist Ihnen lieber?

Eindeutig der 1. Mai. Dort finde ich mein persönliches, freundschaftliches Umfeld. Und es ist ein Fest, an dem alle gleichberechtigt willkommen sind. Ich wurde von der Gleichstellungsbewegung politisiert. Das ist für mich nach wie vor ein zentrales Anliegen.

Sie haben kürzlich ein Verbot von Nazi-Symbolen wie dem Hakenkreuz gefordert. Warum kein Verbot von Hammer und Sichel – zum Beispiel am 1.-Mai-Umzug? Den Holocaust darf und kann man nicht mit anderen schreienden Ungerechtigkeiten vergleichen – auch wenn die Zeiten des Stalin-Regimes ebenfalls schrecklich waren und als nicht aufgearbeitete Geschichte der Sowjetdiktatur sicher ein Grund für den heutigen Krieg in der Ukraine sind.

Gerade Ihre Partei, die SP, tut sich aus Angst vor Rassismuskritik allerdings schwer damit, die problematischen Aspekte von Fluchtbewegungen zu benennen, etwa das Frauenbild vieler muslimischer Männer.

Wir müssen das ansprechen. Es gibt patriarchales Verhalten, frauenfeindliche Strukturen, Jugendliche, die mit ihrer überschüssigen Energie auf blöde Gedanken kommen. Aber es wäre falsch, deswegen pauschal eine ganze Gesellschaftsgruppe zu verurteilen. Zumal es dieses Verhalten auch in unserem Kulturkreis gibt.

Die Ukraine verlangt vom Westen vor allem Kriegsgüter und Munition, um sich gegen Putin zu wehren. Die Schweiz liefert das nicht. Finden Sie das richtig? Ja, weil das nicht mit unserem Begriff der Neutralität vereinbar ist. Eine Waffenlieferung an eine Kriegspartei ist eine Beteiligung am Kriegsgeschehen, also mehr als ein Haltungsbezug. Das dürfen wir nicht tun.

Wenn alle Staaten so dächten, hätte Russland schon gewonnen. Das wäre so, wenn alle Staaten ein Neutralitätskonzept kennten, das eine Nicht-einmischung vorsieht. Aber die Weltpolitik besteht aus verschiedenen Rollen und Aufgaben.

Sind Sie als SP-Politikerin da nicht total auf dem Holzweg? In Europa herrscht wieder Krieg, Ihr Parteiprogramm verlangt nach wie vor die Abschaffung der Armee, Sie sind gegen Waffenexporte und gegen den Kauf des F-35.

Zu glauben, dass unsere Schweizer Armee das Land im Ernstfall im Alleingang schützen könnte, scheint mir noch illusorischer als vor dem 24. Februar. Wenn wir also eine Armee wollen – und vieles spricht dafür –, dann müssen wir bereit sein, sie in einen europäischen Sicherheitsverbund einzugliedern.

Blicken wir zurück auf Ihr Amtsjahr, das diese Woche endet. Sie setzten es unter den Titel der «Teilhabe». Das war prophetisch!

Wirklich? Von Teilhabe zu sprechen, ist gerade im Fall von Corona gewagt. Sie sagten etwa sehr kurzfristig ein Festival der albanischen Gemeinschaft ab, während die Zurich Pride am gleichen Tag durchgeführt werden durfte.

Die Kurzfristigkeit der Absage war ein Fehler, für den ich mich entschuldigt

habe. Aber die Absage des Alba-Festivals an sich war richtig.

Sie forderten eine Impfpflicht. Auch das hört sich nicht nach Teilhabe und eigenverantwortlichem Handeln an, sondern nach einem Befehl von oben.

Wenn Gespenster im Raum sind, muss man das Licht anmachen. Der Impfwang war ein solches Gespenst. Deshalb habe ich die Diskussion ausgeleuchtet und die Eckpfeiler geklärt: Einen Zwang wird es nie geben. Eine Pflicht würde einen demokratischen Entscheid nötig machen. Und Sanktionen könnten nur Massnahmen sein, die das Impfen fördern und nicht einfach sinnlos strafen. Die Impfpflicht wird uns politisch weiter beschäftigen. Wir müssen das Epidemiengesetz revidieren, und eine der zentralen Fragen wird dabei genau die Frage der Impfpflicht sein.

Corona spaltete die Gesellschaft. Die Wut stieg. Ihre Amtskollegin, die Gesundheitsvorsteherin Natalie Rickli, wurde mit Schorle übergossen, der oberste Impfverantwortliche des Landes wurde gar entführt. Ist die Stimmung immer noch so aufgeheizt?

Wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Auge behalten. Deshalb ist Teilhabe so wichtig. Als dramatisch empfand ich die Stimmung aber nicht.

Sie standen nie unter Druck oder wurden gar bedroht?

Nein, überhaupt nicht. Ich konnte mich wie immer frei bewegen, mit dem Zug oder mit dem Velo, ich ging wandern und joggen. Ich bekam auch nie eine Aufforderung von der Polizei, mein Verhalten anzupassen. Man kann eine Bedrohung, die in der Realität gar nicht existiert, auch heraufbeschwören.

Das Fedpol hat klar gesagt, dass sich die Bedrohungslage für exponierte Personen in den letzten Jahren erhöht habe. Bei den Bundesräten und einzelnen Nationalratsmitgliedern schon. Es geht jedoch bei den wenigsten Hasskommentaren oder Bedrohungen um Corona. Im Übrigen leiten wir schlicht auch mehr Meldungen an die Polizei weiter als früher. Je mehr Informationen sie auswerten kann, desto eher kann sie eine Entwicklung feststellen.

Die Mail eines Bürgers, der mit Ihrer Politik nicht einverstanden ist, landet bei der Polizei, weil der Schreiber vielleicht zu einer Bedrohung werden könnte?